

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Durch unsere Seiten
frei ins Haus monatlich 3.50 Mark
bei der Postzeitung abgeholt monatlich 4.40 Mark, bei der Post bezahlt vierteljährlich 12.- Mark, monatlich 3.- Mark, wochentlich 1.10 Mark.
Sprech- und Anruf Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigenpreis: Die Rubrikgebühren
beziehen sich auf den Raum für
zwei Zeilen aus 10 und dem Satz
Schwarzenberg 1.- Mark, auswärts
1.50 Mark, Reklame
beziehen sich auf 100 Mark, bei größeren
Abzügen entsprechende Rabatte.
Anzeigenannahme bis spätestens
am Tage vorm.
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1906.

Nr. 238

Dienstag, den 11. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In der Frage der Neubildung des Reichskabinetts ist die Fortsetzung der Verhandlungen bei dem Reichskanzler, die für Mittwoch dieser Woche vorgesehen war, auf Freitag vertagt worden.

Die ursprünglich für heute angeordnete Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Industrie über das Kreditangebot wird am Donnerstag stattfinden.

Der Berichterstatter des Evening Standard erzählt von maßgebender Seite, die Meldung, nach der die Möglichkeit bestehe, daß die nächste Reparationszahlung Deutschlands auf 3 Jahre verschoben werde, sei unbegründet.

Die Internationale Hilfskonferenz für Rußland hat sich nach Annahme von fünf Entschlüssen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Gestern trat in Genf im Sekretariat des Völkerbundes die internationale Konferenz über die Neutralisierung der Alandsinseln zusammen.

Zwei Ministerreden.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Zwei leitende Minister, der deutsche Reichskanzler Brüning und der französische Ministerpräsident Briand, zwei politische Antipoden, haben wichtige Reden gehalten, die eine im französischen Arbeiterverein zu Osnabrück und der andere in St. Nazaire vor geladenen Gästen. Beiden Reden ist das Bestreben gemeinsam, die Zuhörer und das hinter ihnen stehende gesamte Volk vor Enttäuschungen zu bewahren durch ungeschminkte Schilderung der Wahrheit und der Tatsachen. Briands Rede war in der Hauptsache eine innerpolitische, an das eigene Land gerichtete. Aber als Leitmotiv für die nahe bevorstehende Parlamentstagung mußte sie auch die auswärtige Politik mit behandeln. Ja, der Teil der Rede, der sich auf die Beziehungen der französischen Regierung zu Deutschland erstreckte, war der bedeutendste und wichtigste. Hier schlug Briand, im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Clemenceau, ganz neue, für französische Ohren noch ungewohnte Töne an. Unverkennbar erkannte er die Royalität des Reichskanzlers Brüning bei der Durchführung der Erfüllungspolitik an. Die vorgeschriebenen Zahlungen seien geleistet und die angeordneten Entwaffnungen durchgeführt worden. In der französischen Kammer hoffe deshalb Briand demnach für seine Politik gegenüber Deutschland nicht nur Kritik, sondern auch Anerkennung zu finden. Noch überraschender waren seine Aussagen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die der Verfallener Vertrag geschaffen habe. Er stellte seinen Zuhörern nichts mehr und nichts weniger vor Augen als die plattdeutsche Realität der Erfüllung der Geldforderungen des Verfallener Vertrages durch Deutschland. Dessen Zahlungsverpflichtung habe zur Zeit der Festsetzung 250 Milliarden Papiermark umfaßt und betrage heute infolge des katastrophalen Sturzes der Mark 4000 Milliarden Papiermark. Die Schwankungen des Wechselkurses hängen alle Völker, auch die Sieger, infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Abhängigkeit voneinander, in Mitleidenschaft. Es bleibe nichts anderes übrig, als daß die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt im Interesse aller Länder sich solidarisch zusammenschließen, um mit Hilfe der Weltöffentlichkeit das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Ausführungen Briands können nicht anders als der Beginn einer neuen französischen Politik der Wahrheit und Klarheit gegenüber dem eigenen Lande gedeutet werden. Der Irrwahn, in dem man Jahre und Monate getaucht ist, daß Deutschland alles bezahlen werde, weil man es mit Gewalt dazu zwingen könne, beginnt sich zu verflüchtigen. An seine Stelle tritt die Erkenntnis, daß mit Deutschlands Ruin auch der Niedergang und Zusammenbruch Frankreichs untrennbar verbunden ist. Schon jetzt stockt überall der Handel, die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckendem Maße zu, die daraus entspringenden Schwierigkeiten für die Regierungen wachsen täglich. Und wie in Frankreich geht es in England, in Italien und selbst in Amerika, das vor seinen hoch aufgestapelten Warenvorräten im eigenen Golde sozusagen erstarrt. Überall wächst die Erkenntnis unter den führenden Geschäftsmännern und Bankmännern, aber auch in den Regierungen und in den Völkern, daß eine wirtschaftliche Weltisolierung katastrophal ist, die nicht weiterhin ungestraft durch

roße politische und militärische Gewaltmittel mißhandelt werden darf. Daß diese Erkenntnis nun auch in Frankreich hämmert und von dem führenden Staatsmann bereits öffentlich vertreten wird, ist ebenso erfreulich wie bedeutungsvoll.

Von der brennendsten politischen Gegenwartsfrage, von Oberschlesien, hat Briand kein Wort gesprochen. Um so mehr tat das der deutsche Kanzler in seiner Offenburger Rede. Die letzten aufregenden Meldungen über angebliche Entschlüsse des Völkerbundesrates in Genf stammen zwar sämtlich aus französischen Quellen und sind deshalb mit größter Mißtrauen zu bewerten. Aber immerhin glaubt doch offenbar auch der deutsche Reichskanzler unmittelbar vor der obereschlesischen Entscheidung besondere Ursache zu Unruhe und Besorgnis zu haben. Deshalb spricht er noch einmal vor seiner Rückreise nach Berlin zu seinen katholischen Hörern und zum deutschen Volk, aber auch zu den gegenwärtigen Machhabern der Welt von der Bedeutung Oberschlesiens für das deutsche Wirtschaftsleben und für den künftigen Weltfrieden. Wollte man den deutschen Wirtschaftskörper ainen lassen, so dürfte man ihm nicht durch Drohungen mit mausfährbaren Zahlungen und mit neuen Sanktionen den Atem rauben. Wer aus Oberschlesien künstlich ein neues selbständiges Land herauszuschneiden wollte, der lege sich den Gedanken und Polen einen bestehenden politischen Leichnam. Das dürfte nicht geschehen. Deutschland wolle ehrliche Erfüllungspolitik treiben; aber einen sehr wichtigen Posten bei unserer Zahlungsverpflichtung bilde nun einmal Oberschlesien. Auch Brüning forderte wie Briand, daß der Krieg endlich aufhöre und daß alle verständigen Menschen sich an einen Tisch setzen, um zu beraten, wie der drohenden wirtschaftlichen Krise in der ganzen Welt entgegengetreten werden könne. Anders wie Briand hat Brüning bei dieser Forderung sein Volk in allen Parteien und Berufsständen von Ludendorff bis Lebedour, von Industrie, Handel und Landwirtschaft bis zu den Arbeitergewerkschaften und Handwerkerorganisationen geschlossen hinter sich. Die Verhandlungen, die er in den nächsten Tagen mit den großen Gewerkschaften und mit den tragenden Parteien der Mitte führen will, werden das aufs neue bestätigen. Wie auch Briand in seiner nationalpolitischen Kammer und in seinem chauvinistisch irreführenden Volk eine Bestätigungsmehrheit finden.

Die Woche der Entscheidung.

Die Arbeit des Völkerbundesrates in Genf über den obereschlesischen Lösungsvorschlag ist soweit zu einem gewissen Abschluß gelangt, als die Berechnung der Vertreter der obereschlesischen Bevölkerung beendet worden ist. Es steht also zu erwarten, daß noch im Laufe dieser Woche die Entscheidung bekanntgegeben wird. Wie das geschehen soll, darüber ist noch nichts Näheres bekannt. Kein Formel wird sich die Gelegenheit wahrscheinlich so abspielen, daß der Vorsitzende des Völkerbundesrates Baron Zshly, dem Präsidenten des Obersten Rates Briand den Bericht übermitteln wird, und ob sie von Paris oder von Genf aus geschieht, das alles ist mit Sicherheit nicht zu sagen. Ebenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Einzelheiten dieses Berichtes mitzuteilen. Der Biererrat hatte seinen Mitgliedern bekanntlich strengste Schweigepflicht auferlegt. Nachdem nun aber der Biererrat dem gesamten Völkerbundesrat Mitteilung über den Vorschlag gemacht hat, ist manches in die Öffentlichkeit gedrungen. Wir wissen nicht, was an diesen Meldungen wahr oder falsch ist; festgestellt ist aber das eine, daß alle Meldungen ausnahmslos von einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung sprechen. Der Ernst der dadurch entstandenen Lage kann nicht verkannt werden, und dieser Ernst wird noch unterirdischer durch die Tatsache, daß Reichskanzler Dr. Brüning, der für eine kurze Zeit in Freiburg von den Amtsgeschäften Erholung suchen wollte, seinen Urlaub vorzeitig abgebrochen hat und nach Berlin zurückgekehrt ist. Ein weiteres ernstes Symptom ist auch die Tatsache, daß der Reichsminister des Innern den deutschen Volkshüter in London telegraphisch nach Berlin berief und hier mit ihm längere Konferenzen gehabt hat, in denen die obereschlesische Frage höchstwahrscheinlich den Hauptgegenstand bildete. Der Volkshüter Syhamer ist nach diesen Konferenzen sofort wieder auf seinen Londoner Posten zurückgekehrt, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die ernste Besorgnis an Regierungskreisen sich festgesetzt hat. Diese Besorgnis ist auch zum Ausdruck gekommen in der Offenburger Rede des Reichskanzlers, in der er auf die merkwürdigen Vorschläge hinweist, die seit einigen Tagen die Öffentlichkeit beschäftigen. Wenn die Warschauer Presse angeht, die der jüngsten

Abstimmungen das Steigen der polnischen Mark feststellt, und wenn sie glaubt, eine Verbotsliste der deutschen Presse feststellen zu können, so wird sie sicherlich in dem letzten Punkt irren. Daß wir in Deutschland alle, ohne Unterschied der Partei, der bevorstehenden Entscheidung mit größtem Ernst entgegensehen, ist selbstverständlich, aber wir wissen auch, daß es gilt, klaren Kopf zu behalten, und das gilt gerade in solchen Tagen, wie sie uns jetzt bevorstehen.

Maximilian und Maxe.

In einem Sonderheft den Rüberhauptmann Max Hölz zu verherrlichen, war der Aktion Franz Wemferts vorbehalten. Für ihn ist der nun fertiggestellte Raub- und Mordbrenner die erste historische Erscheinung des Proletariats als Klasse; das proletarische Handeln, das ganzlich Neue, das auf den Trümmern der Parteien entsteht. ... Und da in den letzten drei Jahrzehnten kaum eine die Illusionen im Guten oder Schlechten überragende Erscheinung aufgetreten ist, die Maximilian Harden nicht unter die Lupe seiner überheblichen Kritik genommen hätte, was ist da selbstverständlich, als daß auch er sich bei Wemferts zum Wort über seinen Vornamensvetter meldet? Da Harden aber jeder der R. A. P. D. oder der S. P. D., noch überhaupt einer Partei angehört und nicht Kommunist genannt werden will, hat sein Erscheinen unter den Mitarbeitern der Aktion das Erscheinen kommunistischer Kreise erregt. In einer Antwort auf eine Briefkastenfrage in Nr. 33-34 genannten Blattes erklärt Wemfert, er habe Harden nicht erst jetzt gedruckt: Er war mir ein wertvoller Mitarbeiter schon während jener großen Zeit, die den Dämmel und Ähnliche Horden der 3. Internationale im Dienste der obersten Heeresleitung des Wilhelm II. sah.

Nun ist's herauf! Harden hat, ohne sich offen als Verfasser zu nennen, die Bourgeoisie bekämpft. — Wohlweislich nicht in seiner ja auch im kapitalistischen Kreise gelebten Zukunft — die die Verbreitung kommunistischer Ideen bezweckten. Wemfert gibt zu, daß Harden zwar ein bürgerlicher Typ sei, aber er hat in diesem Lande wenig Feindschaften. Das heißt: er ist ein anständiger Mensch und er ist ein Mensch von großem Format. ... Deshalb steht er, ein Sechzigjähriger, innerhalb der bürgerlichen Welt fast allein. Ist Dir der Name Harden jemals auf der Liste der Hölzer begegnet? Kein Parteimitglied habe, so meint Wemfert, so Begeisterung und Begeisterndes über Max Hölz geschrieben wie Harden; keiner habe wie er, immer seit November 18, so Unabwiesbares, Brandmarckendes gegen die Ebertsche Republik gesagt. Wie aber denkt nun Harden über den Rüberhauptmann aus dem Boglande? Eigenartig berührt es, daß Harden, der sonst an Tagesgrößen (!) mindestens eine angreifbare Stelle findet, völlig in Verwunderung für Hölz aufsteht. Es steht fast wie geschäftliche Berechnung aus. Nur einmal gibt er zu, daß Hölz arges Tun auf seinem Kernholz hat, aber nichts — wird mißwendig sofort hinzugesetzt —, was auch nur an eine Schandtat Wilhelms, eine einzige, heranreicht: den Befehl vom 12. Januar 17, Lazaretschiffe, schwimmende Siekheime, bedenkenlos zu versenken. Abgesehen von der Einstellung eines durch den Mißbrauch von feindlichen Lazaretschiffen notwendig gewordenen Befehls ist die Gegenüberstellung des einstigen deutschen Kaisers und des Räubers von Falkenstein eine ausgesprochene Gemeinheit. Was Hölz Schlimmes allenfalls getan hat, das hat er — nach Harden — natürlich als Soldat im Kriege gelernt. Man habe gelehrt, grausam gegen den Feind zu sein. Diese Lehre hat er sich eben zunutze gemacht, nun aber des Branges ledig, selbst bestimmt, wenn er als Feind befreit wird. Und Feind ist ihm der in breiteres Bestrecht Geborene, Bekleidete Gewrochene. Also Kampf wider jeden, der mehr Geld hat. Kann Harden sich deutlicher zum Kommunismus bekennen? Ob der große Maximilian, dessen Eindruck im Auslande gewaltig überschätzt wird, auf seiner Amerikareise den Max Hölz auch so verherrlichen wird? Er will dort ja über Kernfragen europäischer Politik sprechen. Da kann er am Kommunismus nicht schweigend vorbeigehen und mühte auch dessen gedenken, der sich so talkräftig für eine Idee einsetzte, aus deren fahlen, dornspitzen Stücken eine neue Menschheit, Menschlichkeit erblühen wird. Es ist allerdings stark zu bezweifeln, daß er mit seinen kommunistischen Fäseln drüber aber dem großen Reich Blick haben wird. Man geht in Amerika mit Kommunisten, Bolschewisten und ähnlichem Gelechte nicht gerade sanft um. Was Harden unter Bolschewismus versteht, sei hier zum Schluß mit seinen eigenen Worten wiederholt: Der Bolschewismus ist nicht Räuberei, nicht Menschheitende; ist eine Anschauung, ein Gedankenbau aus uraltem, aus